



Anpassung der Wasser- und Abwassergebühren

In seiner jüngsten Sitzung beschloss der Stadtrat die Anpassung der Wasser- und Abwassergebühren. Der neue Kalkulationszeitraum erfasst die Jahre 2015 bis 2018. Die Kalkulation wurde vom Bayerischen kommunalen Prüfungsverband erstellt. Der Dreh an der Gebührenschaube wurde hauptsächlich durch die hohen Investitionen im Kanal- und Wasserleitungsbau nötig, die im Kalkulationszeitraum noch anstehen. In den vergangenen Jahren wurden in diesen Bereich schon ca. 15 Millionen Euro investiert. Dahinter steckt die Vorgabe des Wasserwirtschaftsamtes, den Fremdwasseranteil im Kanalsystem zu senken, um letztendlich die neue Kläranlage bauen zu können, was wiederum eine Vorgabe der EU ist. Ein weiterer Kostenfaktor sind auch die zurückgehenden Mengen an verkauftem Frischwasser.

Da die Stadt im Wasser- und Abwasserbereich kostendeckend arbeiten muss, waren die Erhöhungen leider unvermeidlich, um nicht gegen Gesetze zu verstoßen. Man muss heute dem Investitionsstau in den neunziger Jahren und zu Beginn des neuen Jahrtausends, wo es versäumt wurde, sein Wasserleitungs- und Kanalsystem Zug um Zug zu ertüchtigen, Tribut zollen.

So wird der Kubikmeterpreis für Frischwasser auf 3,65 € und der für das anfallende Abwasser auf 2,99 € pro m³ steigen. Die Niederschlagswassergebühr steigt auf 0,53 € pro Quadratmeter versiegelter Grundstücksfläche.

Der SPD-Fraktion ist durchaus bewusst, dass die Erhöhungen eine große Belastung für die Bürger bedeuten und man im Vergleich zu benachbarten Kommunen einen hohen Preis zahlen muss. Doch auch andere Kommunen werden um eine Erhöhung nicht herumkommen, sobald sie im größeren Umfang in ihr System investieren müssen. Denn auch für sie gilt das Kostendeckungsprinzip. Aber man kann nicht alle Kommunen eins zu eins miteinander vergleichen. Bad Berneck mit seinen Ortsteilen ist weit verzweigt, was natürlich auch lange Kanal- und Wasserleitungsstrecken und somit hohe Herstellungs- und Unterhaltskosten zur Folge hat.

In ihren Anmerkungen, wiesen CSU und FWG darauf hin, man müsse auf die Ausgaben achten, ohne konkrete Vorschläge zu machen wie man in diesem Bereich sparen will. Alle Neubaumaßnahmen werden ausgeschrieben und es erhält die Firma mit dem günstigsten Angebot den Auftrag. Auch beim Personal sind wenig bis keine Einsparmöglichkeiten vorhanden. Man benötigt den Klärwärter und auch die Wasserwarte sind unverzichtbar.

Den Vorschlag der CSU, die Neukalkulation der Preise von der Kämmerei vornehmen zu lassen, um sich die Kosten für den kommunalen Prüfungsverband sparen zu können, lehnen wir ab, da wir hier eine große Rechtssicherheit brauchen.





Wir von der SPD sind der Meinung, die Unterhaltskosten werden in der Zukunft sinken, da durch die Erneuerung der Wasserleitungen, die Zahl der Rohrbrüche stark zurückgehen wird und dadurch weniger kostenintensive Reparaturen anfallen werden.

Die Fraktion der SPD stimmte geschlossen dem Erlass der Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungs- und Wasserversorgungseinrichtung zu, da man keine andere Möglichkeit hat dem Kostendeckungsprinzip gerecht zu werden und man sich an die gesetzlichen Vorgaben halten muss.

CSU und FWG hatten mit Christof Seidel und Alexander Popp jeweils ein Stadtratsmitglied in ihren Reihen, die es anders sahen und ihre Zustimmung verweigerten. Zu ihren Beweggründen, die wir und sicherlich auch die Öffentlichkeit, gerne erfahren hätten, gaben sie keine Erklärung ab.

Februar 2015
Udo Sauerstein

